



Es ist wieder einmal passiert. Und wieder einmal fragt man sich: **Geht heutzutage eigentlich gar nichts mehr ohne Morddrohungen?**

In Strasbourg klebt eine Kommunalpolitikerin Wahlplakate – also jene romantische Urform der Demokratie, bei der Menschen nachts mit Kleisterei und viel Hoffnung unterwegs sind – und plötzlich steht jemand vor ihr und droht ihr mit dem Tod. Nicht mit einem scharfen Kommentar. Nicht mit einem politischen Gegenargument. Nein, gleich mit dem **Ende der Existenz**.

Willkommen im Jahr 2026, wo offenbar jeder zweite politische Disput direkt auf der Eskalationsskala zwischen „Gefällt mir nicht“ und „Du solltest sterben“ angesiedelt ist.

Natürlich kann man jetzt nüchtern analysieren, dass es sich um einen Einzelfall handelt. Ein Mann, eine Tat, eine Anzeige, eine polizeiliche Untersuchung. Die Justiz wird ihren Weg gehen. Alles korrekt. Alles rechtsstaatlich.

Und doch bleibt die Frage, die sich immer häufiger aufdrängt: **Was stimmt eigentlich nicht mehr mit unserer politischen Kultur?**

Vom Streit zur Drohkulisse

Politik war noch nie ein Streichelzoo. Demokratie lebt vom Konflikt, vom Widerspruch, von der leidenschaftlichen Auseinandersetzung.

Aber zwischen „Ich halte deine Politik für falsch“ und „Ich bringe dich um“ liegt eigentlich eine ganze Zivilisation.

Offenbar ist genau diese Zivilisation in Teilen der öffentlichen Debatte gerade dabei, sich zu verabschieden.

Heute reicht ein Wahlplakat, ein Tweet oder ein Interview – und schon explodieren Kommentarspalten, Messengergruppen oder Straßenbegegnungen in einer Mischung aus Wut, Beleidigung und Drohfantasien. Die Schwelle sinkt stetig. Was früher als absoluter Tabubruch galt, scheint mittlerweile fast schon zum **rhetorischen Standardarsenal der Empörung** zu gehören.

Das Bemerkenswerte dabei ist die erschreckende Selbstverständlichkeit. Morddrohungen



wirken inzwischen fast wie ein Nebenprodukt politischer Leidenschaft – sozusagen der emotionale Schaum auf der Welle der Empörung.

Man fragt sich beinahe, ob irgendwann Wahlkampf-Handbücher erscheinen mit dem Kapitel: „Wie Sie mit Morddrohungen professionell umgehen.“

Die Radikalisierung des Alltags

Die französische Politik – wie viele europäische Demokratien – hat in den vergangenen Jahren eine spürbare **Verrohung des Tons** erlebt.

Kommunalpolitiker berichten von zunehmenden Drohungen. Abgeordnete werden beschimpft. Parteibüros werden beschädigt. Demonstrationen enden in Gewalt.

Und nein: Das ist kein exklusives Problem einer bestimmten politischen Richtung. Es trifft Politiker aller Parteien. Linke, Rechte, Liberale, Grüne.

Denn die eigentliche Dynamik ist eine andere: **Die politische Gegnerin wird nicht mehr als Gegnerin gesehen, sondern als Feind.**

Der Unterschied ist entscheidend.

Ein Gegner hat Argumente, mit denen man streitet.
Ein Feind hat angeblich kein Existenzrecht mehr.

Wer einmal diesen mentalen Schritt vollzogen hat, für den wirkt eine Morddrohung plötzlich gar nicht mehr so absurd. Sie erscheint dann als eine extreme, aber logisch wirkende Konsequenz.

Das Gift der permanenten Empörung

Ein Teil dieses Klimas entsteht nicht zufällig. Er ist das Resultat einer politischen und medialen Dauererregung.

Algorithmen lieben Empörung.
Empörung erzeugt Klicks.



Klicks erzeugen Aufmerksamkeit.

Und Aufmerksamkeit ist die härteste Währung der digitalen Öffentlichkeit.

Je schriller, je aggressiver, je moralisch absoluter eine Position formuliert wird, desto größer ihre Reichweite. Das Ergebnis ist eine permanente Eskalation des Tons.

Wer nüchtern argumentiert, wirkt langweilig.

Wer differenziert, verliert Aufmerksamkeit.

Wer laut schreit, gewinnt.

Die Grenze zwischen politischer Leidenschaft und aggressiver Radikalisierung wird dabei immer dünner.

Der Preis für die Demokratie

Am Ende trifft dieses Klima vor allem diejenigen, die Demokratie im Alltag tragen:

Kommunalpolitiker.

Menschen, die nicht in Fernsehstudios sitzen, sondern auf Marktplätzen stehen. Die nicht von Sicherheitsdiensten umgeben sind, sondern nachts Wahlplakate kleben.

Genau dort, im direkten Kontakt mit Bürgern, wird Demokratie konkret.

Wenn dieser Raum vergiftet wird, hat das Folgen.

Denn wer möchte sich noch politisch engagieren, wenn er damit rechnen muss, beschimpft, bedroht oder verfolgt zu werden?

Die Demokratie lebt davon, dass Bürger Verantwortung übernehmen. Sie stirbt langsam, wenn immer weniger bereit sind, diesen Preis zu zahlen.

Der Abstieg der politischen Kultur

Vielleicht liegt die bitterste Ironie dieser Entwicklung darin, dass Morddrohungen in politischen Debatten immer häufiger ausgerechnet im Namen der Demokratie ausgesprochen



werden.

Man droht, weil man glaubt, die Republik zu verteidigen.

Man beschimpft, weil man glaubt, die Wahrheit zu schützen.

Man entmenslicht den Gegner, weil man sich selbst moralisch im Recht fühlt.

Der moralische Furor ersetzt die Argumentation.

Und plötzlich erscheint der politische Gegner nicht mehr als Mensch mit falschen Ansichten,
sondern als eine Art politischer Virus.

Wer so denkt, hat bereits einen entscheidenden Schritt aus der demokratischen Kultur hinaus
gemacht.

Eine Gesellschaft auf der schiefen Ebene

Natürlich wird auch dieser Fall juristisch geklärt werden. Der Verdächtige wurde
festgenommen, die Justiz ermittelt.

Das ist gut so.

Doch das eigentliche Problem liegt tiefer. Es liegt in einer gesellschaftlichen Atmosphäre, in
der extreme Drohungen immer häufiger ausgesprochen werden – manchmal aus Wut,
manchmal aus Frustration, manchmal aus ideologischer Verblendung.

Die Demokratie kann viele Konflikte aushalten. Sie lebt davon.

Was sie jedoch nur schwer überlebt, ist der Moment, in dem ein Teil der Gesellschaft beginnt,
politische Gegner nicht mehr zu **widerlegen**, sondern zu **eliminieren**.

Vielleicht ist genau das die eigentliche Frage unserer Zeit:

Wann haben wir aufgehört zu streiten –
und angefangen, uns gegenseitig zu bedrohen?

Oder, sarkastisch formuliert:



Kommentar: Morddrohungen als Alltag? Der politische Diskurs im freien Fall

Vielleicht gehört die Morddrohung inzwischen einfach zum demokratischen Servicepaket. Neben Wahlplakaten, Flyern und Haustürgesprächen.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker